

## Niederschrift Nr. 1/2002

zur öffentlichen Sitzung des Umweltausschusses am 21.02.2002 im Sitzungssaal Rathaus II unter Vorsitz von Bürgermeister Lausch

Dauer der Sitzung: 17.00 Uhr – 18.30 Uhr

### Stimmberechtigte Mitglieder:

StRin Wössner	CDU-Fraktion
StR Schweickhardt	“
StR Müller	“
StR Schlitter	“
StR Kalt H.	SPD-Fraktion
StRin Schmidt	“
StR Mauch	FWV-Fraktion
StR Pfütze	“
StR Neumeister	FDP-Fraktion
StR Vollmer	Die Grünen

### Sachkundige Einwohner:

Frau Landgrebe  
Herr Bahr  
Herr Sand  
Herr Stulz  
Herr Dr. Graf  
Herr Krieg  
Herr Ritzau

Entschuldigt fehlen: StR Baum sowie dessen Stellvertreterin StRin Beuschel  
Herr Friedrich

### Verwaltung:

Frau Kabisch	-	Abt. Hochbau
Herr Trampert	-	Stadtkämmerei
Frau Bockstahler:	-	Abt. Öffentliches Grün und Umwelt
Herr Sottru:	-	“ “
Herr Pieper:	-	“, Schriftführer

Zuhörer einschl. Presse: 4 Personen

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

## I. Bekanntgaben

### 1. Windkraftanlagen-Standorte in Lahr – Stand der derzeitigen Entwicklung

Der **Vorsitzende** verweist auf die, den Mitgliedern des Umweltausschusses zugegangene Sitzungsdrucksache Nr. 4/2002, des Stadtbauamtes vom 24.01.2002 (Anlage).

Der **Vorsitzende** erläutert, dass man Windkraftanlagenstandorte positiv ausweisen müsse, um Windkraftanlagen an bestimmten Stellen ausschliessen zu können. Generell seien die Anlagen privilegiert d.h., wenn Gebiete nicht positiv ausgewiesen wären, könnte ein Grundstückseigentümer seinen, aus seiner Sicht geeigneten Standort, für Windkraftanlagen zur Verfügung stellen. Dies sei nicht Sinn der Sache, so der Vorsitzende. Die Stadt Lahr möchte die Standorte mit der Nachbargemeinde Seelbach abstimmen und es sei angedacht, mit daraus resultierenden Standorten in den Gemeinderat zu gehen. So sei es auch mit Herrn Bürgermeister Muttach abgestimmt.

**StR Vollmer** fügt hinzu, dass eine negative Abstimmung im Sulzer Ortschaftsrat nicht die Messlatte für die Standortwahl für Lahr sein dürfe. Der Grundsatz sollte sein, dass die Windkraftanlagen dort installiert werden, wo eine Installation auch sinnvoll sei. Sie sollten sich ökologisch und natürlich auch ökonomisch lohnen, so StR Vollmer.

Der **Vorsitzende** nimmt zur Kenntnis:

Ø **Die Ausschussmitglieder nehmen den Sachstandsbericht der Umweltbeauftragten zur Kenntnis.**

### 2. Ökologische Aufwertung der Schutter –

- Fällen von Pappeln durch das Wasserwirtschaftsamt

**Herr Sottru** weist darauf hin, dass die angesprochenen Pappeln schon von der Gewässerdirektion gefällt und beseitigt worden seien. Die Aktion war Bestandteil der Maßnahmen zur Gewässerentwicklung „Schutter“ im Stadtgebiet von Lahr, mit denen insgesamt eine ökologische Aufwertung des Gewässers angestrebt wird. Als Ersatz für die, aus Sicht der Gewässerpflege, „problematischen“ Pappeln sollen Schwarzerlen, Eschen und Strauchweiden gepflanzt werden.

**Herr Dr. Graf** fragt an, ob für die Maßnahmen der Deutschen Bahn AG für das 3. und 4. Bahngleis Ausgleichsflächen benötigt werden und inwieweit sich dieser Ausgleich auf das Ökokonto auswirken würde.

**Herr Sottru** erwidert darauf, dass dies keine Maßnahme der Stadt Lahr sei und damit das Ökokonto nicht tangiert sei.

Der **Vorsitzende** fügt hinzu, dass diesbezüglich ein Gesprächstermin beim Regierungspräsidenten in Freiburg stattgefunden habe. Das Regierungspräsidium Freiburg habe seine Ideen vorgestellt. Man solle sich nicht auf kleine Projekte konzentrieren, sondern auf große Maßnahmen, die einen ökologischen Gewinn für die ganze Landschaft ausmachen, z.B. die Renaturierung der Flussläufe (Kinzig) und

die Schutterrenaturierung. Eventuell könnten auch Projekte in Langenwinkel angedacht werden, für die schon gewisse Entwicklungspläne vorlägen. Bis 18. April 2002 müssen die geplanten Projekte beim Regierungspräsidium angemeldet werden. Trotz der Eile, die dem ganzen Projekt auferlegt wird, wäre dies ein großer Gewinn, wenn sich alles realisieren ließe.

**Herr Dr. Graf** fügt hinzu, dass darauf geachtet werden sollte, dass die Mittel, die für Projekte vorgesehen werden, auch bei einer Nichtinanspruchnahme, in dieser Region für Maßnahmen wieder reinvestiert werden sollten.

Der **Vorsitzende** erwidert, dass die Idee der Stadt Lahr sei, zu versuchen die Mittel in der Region -Karlsruhe und Basel- zu halten und nicht irgendwo im zentralen Raum „verschwinden“ zu lassen. Daran sollte man auch politisch festhalten. Es sei angedacht, dass dies noch im Gemeinderat besprochen werden soll. Die Verwaltung werde dazu dann noch Vorschläge unterbreiten.

**StR Pfütze** weist darauf hin, dass er diese Maßnahme für sehr sinnvoll erachtet, weil dies Fachleute betreuen. Er sehe es als unnötig an, dass in diesem Gremium über diese Maßnahmen debattiert werde, wenn schon Fachleute dies planen. Weiterhin äußert er, dass er darüber enttäuscht sei, dass es immer „hoch gelobt“ wird, dass das 3. und 4. Bahngleis am Bahnhof von der Bahn ausgebaut werden soll. Entweder möchte man, dass die Bahn ausgebaut wird oder Flächen ökologisch aufwerten.

Der **Vorsitzende** erwidert, dass das Problem sei, dass die Stadt Lahr beides möchte. Es hätte keinen Sinn darüber zu diskutieren, da es für diese angesprochene Maßnahme ein Gesetz gäbe, wonach man dazu verpflichtet sei, einen Ausgleich zu schaffen, wenn der Eingriff nicht vermeidbar ist. Dies sei hier vorgesehen. Das 3. und 4. Gleis sei ein großer Eingriff. Die Deutsche Bahn AG wird am 03.04.2002 den Gemeinderat über den Stand der Planung informieren.

Der **Vorsitzende** nimmt zur Kenntnis:

Ø **Die Ausschussmitglieder nehmen den Vortrag von Herrn Sottru und dem Vorsitzenden zur Kenntnis.**

### **3. Verwendung von Uranmunition in Lahr**

- Anfrage der Bündnis 90 / DIE GRÜNEN-Fraktion vom 20.01.2001

Der **Vorsitzende** gibt kurz den Inhalt der Bekanntgabe wieder. Es habe, mit Gesprächen und Schriftverkehr (sogar bis Kanada) ein Jahr gedauert bis man ein Ergebnis vorliegen hatte. Laut dem Hauptquartier in Ottawa, könne man davon ausgehen, dass keine Uranmunition auf der Lahrer Gemarkung (Flugplatz, Kaserne, Übungsplatz Langenhard) benutzt worden sei.

**StR Vollmer** bedankt sich bei Frau Bockstahler für die mühevollen Arbeit die diesbezüglich geleistet worden sei. Grund für die Anfrage sei der damalige Jugoslawienkonflikt gewesen. Die amerikanischen Streitkräfte hatten Uranmunition als panzerbrechende Munition benutzt, die, wie sich später herausstellte, radioaktiv verseucht war.

## II. Beratungsangelegenheiten

### 1. Amphibienleiteinrichtung Hohbergsee –

- Antrag des NABU vom 17.01.02

Der **Vorsitzende** verweist auf die, den Mitgliedern des Umweltausschusses zugegangene Sitzungsdrucksache Nr. 3/2002, des Stadtbauamtes vom 13.02.2002 (Anlage).

**Herr Bahr** bedankt sich für die Unterstützung bei der Stadt Lahr, da der NABU dieses Projekt niemals, finanziell und personellbedingt hätte alleine durchführen können. Es sei ein enormes Projekt, das der NABU an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit führe. Er weist darauf hin, dass der erste Bauabschnitt bereits Ende 2001 fertiggestellt sein sollte. Durch die Frostperiode habe sich dies leider zeitlich etwas verzögert. Auch seien Schwierigkeiten wegen Sandsteinblöcken im Untergrund und Wassereinbruch in den Graben mehrere Schwierigkeiten entstanden.

Der **Vorsitzende** fügt hinzu, dass er sich als Verwaltung beim Gemeinderat bedanken möchte, da dieser die Mittel für dieses Projekt bereitgestellt habe.

**StRin Schmidt** weist darauf hin, dass man nicht vergessen sollte, dass das ehrenamtliche Engagement des NABU hoch eingeschätzt werden sollte, da dies nicht selbstverständlich sei. Die Vorlage sei ausreichend und sehr übersichtlich, so StRin Schmidt.

**StR Pfütz** stellt fest, dass die FWV-Fraktion grundsätzlich diese Maßnahme auch befürworte. Der Weg vom „Burghardtseck“ bis zum „Hohbergsee“ sei allerdings zu lang für die Kröten. Man müsse auf dem geplanten Weg in Abständen, Tümpel für gewisse „Erholungspausen“ für die Kröten errichten. Er zweifle die Art der Bauweise grundsätzlich an. Zusätzlich fragt er an, ob die Aussage der Badischen Zeitung wahrheitsgetreu sei, dass die Maßnahme nun das Doppelte (145 Tsd. €), gegenüber dem urspr. Ansatz von ca. 150 Tsd. DM, kosten solle. Es sei auch aus seiner Sicht enttäuschend, dass der, an der geplanten Strecke liegende Waldbereich 40 m abgeholzt worden sei, obwohl die Erdkröten schattige Plätze bevorzugen.

**Herr Bahr** beruft sich auf eine die vorherige Aussage von StR Pfütz, dass „wenn Fachleute ein Projekt betreuen, es auch sehr befriedigend ist, da die geplante Sache auch professionell begleitet wird“.

Es seien keine Phantasiekonzepte erstellt worden, sondern das Konzept wurde in enger Abstimmung mit der BNL (Bezirksstelle für Naturschutz- und Landschaftspflege) aus Freiburg entwickelt worden.

Es müsse darauf geachtet werden, dass man die Kröten auf eine realisierbare Weise zum „Hohbergsee“ bringe.

Es gäbe bereits Erfahrungen, dass ein gewisser Strom von Kröten schon die geplante Strecke zum „Hohbergsee“ benutzen. Man könne mit 100%-iger Sicherheit davon ausgehen, dass diese Maßnahme erfolgreich sein wird, so Herr Bahr.

Die Anregung von Herrn StR Pfütz, Tümpel auf der Strecke zu installieren, sei aus fachlicher Sicht nicht sinnvoll, denn es müsse der kürzeste Weg zum „Hohbergsee“ gewählt werden.

**Herr Dr. Graf** erläutert die forstliche Maßnahme entlang der Feuerwehrstrasse, die Herr StR Pfütze angesprochen hat. Es handle sich im wesentlichen um einen reinen Roteichenbestand, der vor etwa 45 Jahren angepflanzt worden war. In diesem Fall könne man sogar von „Monokultur“ sprechen. Man versuche mit dieser Maßnahme, das jetzt abgeholzte Gebiet, sich auf natürlichem Wege sich wieder selbst aufbauen zu lassen (Strauchschicht, Bäume 2. Ordnung, Wirtschaftswald). Der Grund für die komplette Rodung bis zu 20 m sei gewesen, dass bei mehreren Rodungen in versch. Zeitabständen, die Amphibienleiteinrichtung gefährdet (Beschädigungen) gewesen wäre.

**Herr Bahr** weist darauf hin, dass durch Verhandlungen mit der ausführenden Firma, Preise erreicht worden seien, die normalerweise nicht erzielbar waren. Man sei momentan sehr gut im Rahmen.

**Frau Bockstahler** erläutert nochmals die Kostenfrage, auf Anfrage von StR Pfütze. Die in der Badischen Zeitung genannten Kosten seien die Gesamtkosten für die Maßnahme, nicht der städt. Anteil.

**Herr Bahr** sagt aus, dass noch für den 2. und 3. Bauabschnitt Verhandlungen mit der AKAD geführt werden müssen, ob die westliche oder die östliche Seite der AKAD Mauer für die Leiteinrichtung benutzt werden könne. Eine Alternative zu dieser Möglichkeit wäre die Kröten entlang der Mauer am Kasernen Areal zu führen.

**StR Schlitter** beantragt, Punkt 1 bis 3 zusammen und Punkt 4 gesondert abstimmen zu lassen. Punkt 4 solle einzeln abgestimmt werden, da dieser Punkt die Biotoppflege betrifft. Es müsse nicht die gesamte Pflege dem BGL obliegen. Die regelmäßige Kontrolle auf Schäden, Verunreinigungen und Schmutz könne unter der Regie des NABU stattfinden. Das Mähen des Grasstreifens und die Reparaturen könnte der BGL übernehmen. Der Bund Umwelt- und Naturschutz, Schulprojekttage, die VHS, die Gruppe der „Nadlergasse“ oder die GRÜNEN könnten auch miteingebracht werden, um so Kosten zu sparen. Probeweise könne man so die angedachten Maßnahmen umsetzen.

**Herr Bahr** fügt hinzu, dass der Vorschlag der Bürgerinitiative aus der „Nadlergasse“ nicht sachlich überlegt sei. Dies stelle reine Polemik dar. Der NABU habe einen kleinen Teil seines Gesamtaufkommens für dieses Projekt bei der Stadt Lahr beantragt, da die Kapazitäten hierfür nicht ausreichen. Das Gelände „Hohbergsee“ werde mit hohem Aufwand gepflegt. Dies sollte nicht vergessen werden.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der NABU immer „ein Auge“ auf dieses Projekt habe. Der NABU wird sich natürlich jederzeit fachlich und sachlich mit in das Projekt einbringen, falls nötig.

Der **Vorsitzende** nimmt den Antrag der CDU-Fraktion, die Punkte 1 bis 3 zusammen abzustimmen zur Kenntnis.

Der **Vorsitzende** bringt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

- a) **Die Stadt Lahr kommt der Bitte des NABU nach und übernimmt die nicht von der Stiftung Naturschutzfonds getragenen Mehrkosten für den ersten Bauabschnitt der Amphibienleiteinrichtung in Höhe von max. 3.000,- €**

- b) Bei einer Förderung des vom NABU getragenen Projekts für die Amphibienleiteinrichtung am Hohbergsee (II.BA) durch die Stiftung Naturschutzfonds wird sich die Stadt Lahr an den Baukosten in Höhe der Komplementärmittel von ca. 4.800,- € beteiligen.
- c) Die bei der HSt. 2.5800.987000.5/999 (Zuschüsse für Naturschutzmaßnahmen) entstehenden Mehrausgaben von insgesamt 7.800,- € werden gedeckt durch Einsparungen bei der HSt. 2.5800.96000.8/013 (Biotopvernetzung Bau) in gleicher Höhe.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

Der **Vorsitzende** bringt den 2. Beschlussvorschlag zu Abstimmung:

- d) Entsprechend dem Antrag des NABU wird die Stadt Lahr die Unterhaltung der Leiteinrichtungen und die Mahd im Gelände Hohbergsee übernehmen. Die geschätzten Aufwendungen in Höhe von 6.000 € p.a. werden über HHSt. 1.5800.575600.9 (Biotoppflege) gebucht.

**Abstimmungsergebnis:**

1	Enthaltung
3	Nein
13	Ja

## **2. Programm zur Förderung von Innenhof-, Fassaden- und Dachbegrünung und Hofentsiegelung**

- Antrag der SPD-Fraktion vom 04.04.2002

Der **Vorsitzende** verweist auf die, den Mitgliedern des Umweltausschusses zugegangene Sitzungsdrucksache Nr. 1/2002, des Stadtbauamtes vom 15.01.2002 (Anlage).

**StR Neumeister** verlässt die Sitzung um 17:40 Uhr.

**Herr Sand** weist darauf hin, dass das kein Masstab sein dürfe, dass andere Städte die Gelder für solche Projekte eingefroren haben. Dieses Argument sei aus seiner Sicht nicht ausschlaggebend.

Bezüglich der städt. Fassadenbegrünungsförderung sollte eine bessere Öffentlichkeitsarbeit bestehen, da dieses Projekt nicht ausreichend bekannt sei.

Er fügt hinzu, dass er es sich nicht vorstellen könne, dass jeder freie Raum in der Stadt Lahr als Parkraum genutzt werden solle. Die Stadt Lahr habe durch seine „Kessellage“ eine problematische Klimasituation. Diesbezüglich fände er es sehr schlecht, wie in letzter Zeit Entscheidungen im Gemeinderat gefällt würden. Dazu gehöre z.B. die Ablehnung der Baumsatzung. Nun solle das Projekt zur Förderung der Fassaden- und Dachbegrünung und Hofentsiegelung abgelehnt werden. Dies könne er nicht akzeptieren. Man solle für eine Förderung stimmen.

Aus seiner Sicht könne es mit den Gemeinderatsbeschlüssen nicht so weitergehen, es wäre Zeit um nun die „Notbremse“ zu ziehen.

Er beantragt, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass einer Förderung zugestimmt werde.

Zudem erwähnt er nochmals die „Nadlergasse“, die aus seiner Sicht auch im Umweltausschuss besprochen werden sollte.

**StRin Wössner** weist darauf hin, dass aus ihrer Sicht, in der Vorlage, zu sehr auf die ästhetische Wirkung des Stadtbildes abgezielt würde. Man solle nicht alles ablehnen. Hauptaugenmerk sei die Entsiegelung, die nicht in Konkurrenz zur Schaffung von Parkplätzen stehen müsse.

**StR Kalt, Hans J.** betritt die Sitzung um 17:45 Uhr.

Der **Vorsitzende** regt an, dass dieser Vorschlag nochmals in den Fraktionen besprochen werden sollte. Dieser Punkt werde dann in einer Gemeinderatssitzung nochmals zur Abstimmung gebracht werden.

**StR Vollmer** sagt aus, dass aus seiner Sicht dieses Programm zu schnell abgehandelt würde. Er hätte erwartet, dass die Verwaltung sich dahingehend äußert, dass der Antrag der SPD von der Verwaltung modifiziert wird. Er sei nicht dafür, dass dieser Beschlussvorschlag ohne Abstimmung in den Gemeinderat komme. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, welche andere Möglichkeit es geben könnte, dem Willen des Gemeinderats Rechnung zu tragen. Es könnten dann am Ende ein bis zwei Möglichkeiten geben, die für alle praktikabel wären.

Der **Vorsitzende** stimmt zu, dass die Verwaltung den Vorschlag nochmals prüfen wird und den Beschlussvorschlag im Umweltausschuss nochmals, ggf. geändert, zur Abstimmung bringen wird.

**StR Pfütze** weist darauf hin, dass das ganze Programm viele Maßnahmen betreffe. Die Verwaltung könne einzelne Maßnahmen forcieren bzw. ändern. Aus seiner Sicht sei die Innenhof- und Fassadenbegrünung eine private eigentumsbezogene Angelegenheit. Es bestünde die grundsätzliche Frage, ob man Fotovoltaik oder eine Dachbegrünung möchte. Man solle diesen Vorschlag „Stück für Stück“ besprechen und nicht im Ganzen ablehnen.

Der **Vorsitzende** nimmt den Vorschlag der Ausschussmitglieder auf, dass der Beschlussvorschlag im Gemeinderat nochmals zur Abstimmung gebracht werden sollte.

Er fügt der StRin Wössner hinzu, dass die Ästhetik des Stadtbildes nur ein Punkt von vielen sei.

Der **Vorsitzende** schließt die Sitzung um 18:30 Uhr.

---

Vorsitzender

---

Schriftführer

---

Stadtrat/-rätin

---

Stadtrat/-rätin